



Sichtachse Potsdamer

Im Rückblick: Die SVV vom 8. Mai 2013

In der letzten Stadtverordnetenversammlung standen drei Themen im Vordergrund:

1. Die Abstimmung über den Doppelhaushalt der Landeshauptstadt Potsdam für die Jahre 2013/2014

2. Die Abstimmung über den Wirtschaftsplan des Kommunalen Immobilien Service

3. Die Abstimmung über die weitere Vorgehensweise mit dem Langer Stall
Die restlichen Anträge bzw. Vorlagen der Verwaltung gerieten dadurch etwas in den Hintergrund. Die Konsensliste wurde angeführt von der Satzung der Tourismusabgabe und der Städtebaulichen Erschließungssatzung Krampnitz. Diese Vorlagen werden in den Fachausschüssen weiter beraten.

Die Abstimmung zum ersten Punkt verlief relativ geräuschlos. Der Doppelhaushalt ist nicht ausgeglichen. Der Schuldenberg der Stadt Potsdam im Ergebnishaushalt wird zum Ende des Doppelhaushaltes im Jahr 2014 12,4 Millionen Euro betragen. Kritisch wird es danach mit unserem Investitionshaushalt. Die Zuschüsse werden sinken und das Investitionsvolumen kann nur aus einem erwirtschafteten Überschuss des Ergebnishaushalts erhöht werden. Allein das muss unser aller Ziel sein (s. a. Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden unter www.cdu-fraktion-potsdam.de).

Im Vorfeld waren die einzelnen haushaltsbegleitenden Anträge der Kooperation (CDU/ANW, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen) im Finanzausschuss beraten und mehrheitlich befürwortet worden. Anträge anderer Fraktionen wurden zum Teil übernommen bzw. mehrheitlich abgelehnt. Die abgelehnten Anträge scheiterten zumeist an einer fundierten finanziellen Deckungsquelle.

Vorrangig aus Sicht der Fraktion CDU/ANW war die mehrheitlich beschlossene Haushaltszusage, dass die Sportanlage Kurfürstenstraße - bereits im Planjahr 2013 beginnend - komplett erneuert wird und in den Wirtschaftsplan des KIS aufgenommen wird. Unser Antrag, zwei Buswartehäuschen im Bereich Neues Palais aufzustellen, wurde mehrheitlich durch die SPD

blockiert. Trotzdem werden wir zusammen mit der Verwaltung und dem VIP eine Lösung dafür finden. Unser Antrag zum wirkungsvollen Schutz der Potsdamerinnen und Potsdamer gegen den Eichenprozessionsspinner, dessen Bekämpfung von unserer Kreisvorsitzenden Katharina Reiche in der Presse schon lange angemahnt wurde, erhielt eine große Stimmenmehrheit.

Im zweiten Punkt wurde dem vom KIS vorgelegten Wirtschaftsplan für 2013 - ergänzt durch die begleitenden Haushaltsbeschlüsse der Kooperation - mehrheitlich zugestimmt.

Unsere Fraktion war sich nach eingehenden Beratungen einig darüber, dass dem Wohnprojekt „Langer Stall“ und den Überlegungen zur Nutzung des Platzes Zeit gegeben werden sollte (s. Bericht „CDU/ANW vor Ort“, S. 3). Folglich haben wir dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Bildung eines Workshops „Langer Stall“ zugestimmt und dem Antrag damit zu einer Mehrheit verholfen.

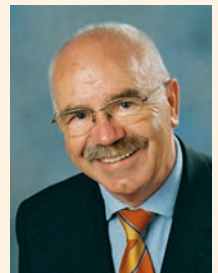
Wichtige Beschlüsse betrafen die Fortführung eines Lehrer-Vertretungsfonds (FDP), um Ausfallstunden zu kompensieren, worin wir eigentlich eine Aufgabe des Landes sehen. Ein interessanter Antrag zur Neugestaltung des ÖPNV, d. h. ticketfreier Nahverkehr, wurde bei Stimmgleichheit abgelehnt. Er wird uns aber in Zukunft mit großer Sicherheit weiter beschäftigen. Viel Zeit kostete unnötigerweise die Auseinandersetzung über die von der SPD und der Fraktion Die Linken eingebrachten Anträge über eine Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsdienst. Statt die Anträge in die zuständigen Ausschüsse zu überweisen, wurden sie gleich abgestimmt und mit Mehrheit angenommen. Unsere Fraktion ist hierbei der Auffassung, dass die hoheitlichen Aufgaben bei der Polizei verbleiben müssen.

Zum Schluss wurde mit großer Mehrheit der Kooperation die Straßen- bzw. Platzbenennung nach dem Schriftsteller, Antifaschisten und SED-Funktionär Otto Wiesner zu Recht abgelehnt. Die Fraktion „Die Linke“ hatte den Vorschlag eingebracht.

Kolumne

Tourismusabgabe - Nein Parkeintritt - Ja

Am 8. Mai wurde den Stadtverordneten die Satzung zur Tourismusabgabe vorgestellt und gleichzeitig an die Fachausschüsse überwiesen.



In eingehenden Gesprächen innerhalb der Fraktion sowie mit Vertretern der betroffenen Unternehmen hat die CDU/ANW-Fraktion ihre ablehnende Haltung zur Tourismusabgabe deutlich gemacht. Unserer Auffassung nach gibt es keinen Zusammenhang zwischen den Aufgaben der Schlösserstiftung und einem Pflichtbeitrag der Landeshauptstadt Potsdam für diese Aufgaben.

Bei der Berechnung der Tourismusabgabe für einzelne Unternehmen wurde zum Beispiel von der Kreishandwerkerschaft nachgewiesen, dass diese Satzung teilweise zu sehr großen Ungerechtigkeiten führt. Unternehmen, gleich welcher Art, die außerhalb der Stadt Potsdam angesiedelt sind, werden nicht erfasst. Ein Fleischermeister aus dem Umland kann mit seinem Verkaufswagen in Potsdam seine Waren an Touristen verkaufen und zahlt keine Tourismusabgabe. Das ist nur ein Beispiel. Noch ungerechter wird es, wenn Aufträge von der Stadt an externe Unternehmen erteilt werden, die dann zwar profitieren - unter Umständen auch vom Tourismus - aber keine Abgabe zahlen müssen. Die Potsdamer Unternehmen werden die Tourismusabgabe in ihre Preiskalkulation einbeziehen und damit auch die Potsdamer Kunden belasten. Der Unternehmer von

lesen Sie weiter auf Seite 4

Entscheidungen über Anträge der CDU/ANW:

Der Antrag 13/SVV/0263 „Angebot an Wohnraum für Studierende erweitern“ wurde in den Hauptausschuss überwiesen.

Zu dem Antrag „Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners“ hat die Stadtverordnetenversammlung folgendes beschlossen: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für eine konsequente und umfassende Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners in der Landeshauptstadt Potsdam Sorge zu tragen. Die Bekämpfung muss an die örtlichen Gegebenheiten angepasst werden und sollte an den Waldrandstreifen und in den großen Parkanlagen auch aus der Luft durch den Einsatz von Chemi-

kalien (Dipel ES) erfolgen. Sämtliche Möglichkeiten, die der Gesetzgeber geschaffen hat, sind hierbei zu nutzen. Der Stadtverordnetenversammlung ist über das Ergebnis der Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners im III. Quartal 2013 zu berichten.“

Ein weiterer Antrag, der die Verkehrssicherheit in Potsdam erhöhen soll – 13/SVV/0208 „Spiegel an Ampelmasten“ – wurde im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung beraten. Ein geänderter Beschlusstext wurde mit Stimmenmehrheit angenommen und der Antrag in einen Prüfauftrag umgewandelt. Der neue Beschlusstext lautet:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Pilotprojekt der Stadt Münster, für die zusätzliche Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern, an Kreuzungen Spiegel an den Ampelmasten anzubringen, die Lastwagen-, Bus- und Autofahrern einen besseren Überblick über das Verkehrsgeschehen geben und Verkehrsteilnehmer im toten Winkel sichtbar machen, auszuwerten und eine Übertragbarkeit auf die Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen und die Stadtverordnetenversammlung noch im Jahr 2013 ggf. mit einem Zwischenbericht zu informieren.“

Braucht Potsdam ein Entwicklungsgebiet Krampnitz?



Die Landeshauptstadt Potsdam ist eine der wenigen wachsenden Städte in ganz Deutschland. Da liegen Fluch und Segen dicht beieinander. Wir freuen uns darüber,

dass unsere Stadt attraktiv ist und viele Menschen deshalb hierher ziehen wollen. Für weiteren Zuzug müssen aber auch die Voraussetzungen geschaffen werden, damit unsere Stadt weiterhin attraktiv bleibt. Neben Wohnungsbau bedarf aber auch gerade die Infrastruktur erheblicher Investitionen, z.B. in Kindertageseinrichtungen, Schulen und in die Verkehrsinfrastruktur.

Bei einer Bürgerversammlung am 04. Mai 2013 in Neu Fahrland gab es viele Stimmen gegen das von der Stadtverwaltung beabsichtigte Entwicklungsgebiet Krampnitz. In der Diskussion zeigte sich aber, dass es zu einem Wohnungsbau in den Grenzen der ehemaligen Kaserne Krampnitz und dem Erhalt der denkmalge-

schützten Bausubstanz keine grundsätzlichen gegenteiligen Meinungen gab. Dringend erforderlich ist aber eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, die im Übrigen auch bereits ohne ein Entwicklungsgebiet Kaserne Krampnitz dringend notwendig ist.

Gegner einer Ortsumgehung weisen immer darauf hin, dass es sich hier überwiegend um Ziel- und Quellverkehr handelt und deshalb eine Umgehung keinen Sinn macht. Ziel- und Quellverkehr für die Stadt Potsdam ist auf der B2 für Neu Fahrland zum größten Teil aber Durchgangsverkehr wie es auch in anderen OT der Fall ist. Meiner Meinung nach wird es keine Lösung geben durch bessere Radwege oder bessere Umstiegsmöglichkeiten zum ÖPNV oder durch Pfortnerampeln oder eine nicht finanzierbare Straßenbahn oder eine in eine Gesamtlösung eingebundene Ortsumgehung. Eine Lösung des Verkehrsproblems wird es nur durch ein Bündel von Maßnahmen bei Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer geben. Eine stärkere Nutzung des ÖPNV ist wünschenswert. Sie kann aber nicht durch Druck auf die

Autofahrer erreicht werden, sondern bedarf einer Steigerung der Attraktivität des ÖPNV. Da eine Erweiterung von Potsdam im Süden nicht mehr möglich ist, braucht Potsdam ein anderes Entwicklungsgebiet. Besser als dies auf der grünen Wiese zu entwickeln, ist die Nutzung der brachliegenden Fläche der ehemaligen Kaserne Krampnitz.

Potsdams Norden wird dieses Entwicklungsgebiet in den Grenzen der Kaserne vertragen. Eine Militärbrache wird einer sinnvollen Nutzung zugeführt, Denkmale werden erhalten und Altlasten saniert. Eine Erweiterung des Gebietes mag aus Sicht der Finanzierung der Maßnahmen sinnvoll sein, darf aber nicht gegen berechnete Interessen der Landeigentümer erfolgen. Wenn hier eine einvernehmliche Lösung möglich ist - und nur dann - sollte eine Erweiterung erfolgen. Zwingende Voraussetzung für die Umsetzung dieser Maßnahme ist nach unserer Auffassung, dass auch in die Verkehrsinfrastruktur investiert wird. Dafür werden wir uns als CDU/ANW-Fraktion einsetzen.

Klaus Rietz

Höhere Hundesteuer verfehlt ihr Ziel

Die Stadtverordnetenversammlung hat gegen die Stimmen der Fraktion CDU/ANW eine Erhöhung der Hundesteuer beschlossen. Ein von mir eingebrachter Antrag auf Beteiligung der Ortsbeiräte wurde abgelehnt. Die erhöhte Hundesteuer soll einen Beitrag zur Sanierung des Stadthaushaltes leisten, obwohl diese Steuer eindeutig eine andere Zielsetzung hat. Der Gesetzgeber will mit der Hundesteuer die

Anzahl der Hunde regulieren. Besteht hier tatsächlich Handlungsbedarf? Wir meinen: Nein!

Das Land reduziert die Zahl der Polizisten bei gleichzeitigem Anstieg der Einbruchdelikte. Bekanntermaßen wirken Hunde für viele Einbrecher abschreckend und geben den Bürgern ein Gefühl der Sicherheit. Gerade im ländlichen Bereich, wo die Polizeipräsenz sehr stark gesunken ist, ist

die Anzahl der Hunde bisher nicht so hoch, dass man sie über zusätzliche Steuern reduzieren muss. Die Ablehnung einer Mehrheit in der SVV zur Überweisung des Antrages in die Ortsbeiräte macht wieder einmal deutlich, welchen Stellenwert der ländliche Raum für die Mehrheit der Stadtverordneten und die Stadtverwaltung hat. Auch wenn es, wie bei der Hundesteuer, ein steiniger Weg ist, wird die CDU/ANW Fraktion weiterhin für die Interessen des ländlichen Raumes und seiner Bürger eintreten.

Klaus Rietz

Ab sofort informieren wir Sie an dieser Stelle über unsere Fraktionsarbeit „vor Ort“. Im Mittelpunkt stehen dabei unter anderem Besuche bei Vereinen, Schulen und Institutionen.

Sie möchten uns gerne Ihre neue Konzepte und Pläne vorstellen? Melden Sie sich bei uns; wir kommen gerne.

Der erste Halt auf unserer Tour führte uns zur Initiative von „Bürgern für die Mitte“ in Potsdam: Mitteschön.

Lesen Sie die neusten Informationen von Mitteschön zur Gestaltung der Potsdamer Mitte. Der Lange Stall, seine Gestaltung und Nutzung ist ein wichtiger und heiß diskutierter Teil davon. Bei meinem Gespräch mit Barbara Kuster von „Mitteschön“ sagte sie:

„Auf der letzten SVV wurde es deutlich: Auch die Mehrheit der Stadtverordneten wollte bei der geplanten Bebauung am Standort Langer Stall nichts überstürzen. Sie gaben diesem Standort daher Zeit – eine kluge Entscheidung! In einem Workshop, an dem auch fachkundige Bürger und Interessengruppen teilnehmen sollen, soll jetzt eine gute Lösung gefunden werden. Mitteschön und die Stiftung Garnisonkirche hatten schon frühzeitig eine Stellungnahme zum B Plan abgegeben und auf folgendes aufmerksam gemacht: Die Lage des Grundstücks in unmittelbarer Nachbarschaft der Garnisonkirche und der Plantage erfordert eine besonders behutsame Bebauung, die auf ihre historische Umgebung abgestimmt sein muss. Langer Stall, Plantage und Garnisonkirche dürfen keine ästhetischen Widersprüche bilden sondern müssen einen harmonischen Gesamteindruck hervorrufen. Eine individuelle Wohnbebauung auf der Fläche des Langen Stalls würde dieser Anforderung nicht gerecht.

Ein annähernd getreuer Wiederaufbau des Langen Stalls mit öffentlicher Nutzung wäre nach unserer Auffassung die angemessenste und damit beste Lösung.“ An dem Gespräch nahm auch der Berliner Architekt Prof. Bernd Albers teil, der sich für eine Nutzung als Kunsthalle aussprach und seine Auffassung begründete: „Die Kunsthalle im Langer Stall mit dem reaktivierten Schauportal und der neuen Garnisonkirche könnten zusammen mit der rekonstruierten Plantage zukünftig in Potsdams Mitte eine Bedeutung erlangen, die weit über den Ort hinaus reicht. Dieser einmalige Raum am Stadtkanal mit seinen angrenzenden Monumenten wird gewissermaßen das grüne Pendant



zum Alten Markt sein können. Über die Breite Straße wird der Ort mit Schloss und Lustgarten verbunden und so den Potsdamer Stadtraum ganz wesentlich bereichern. Daher muss der Lange Stall mit seiner signifikanten historischen Dachform und mit einer zukunftsweisenden öffentlichen Nutzung den Ort prägen. Nach diversen Projekten zu diesem Ort bin ich zu der Entscheidung gelangt, dass dieses Ziel nicht mit dem Bau eines Wohnhauses in Einklang zu bringen ist. Es gilt hier die These, die stadträumliche Dramaturgie des Ensembles mit neuem Inhalt aber in historischer Form entstehen zu lassen. Auf dieser Grundlage ist unser Projekt einer Kunsthalle entstanden. Der Hauskörper des Langen Stalls bietet das einzigartige Potential für eine Kunsthalle mit wechselnden Ausstellungen. Das geschlossene große Dach stellt dafür ideale Bedingungen her, der Unger-Giebel formuliert den fulminanten Auftakt und die Plantage als zusätzlicher Ausstellungsraum bietet hierzu den kongenialen Stadtraum im Einklang mit der Garnisonkirche - im Grunde ein historischer Glücksfall. Das von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Mo-

ratorium bietet nun Zeit und Gelegenheit diese Chance für Potsdams Innenstadt kreativ zu nutzen und Realität werden zu lassen!“

Das Projekt „Langer Stall“ wird uns noch eine Weile beschäftigen. Doch gerade bei solchen großen Projekten, an prominenter Stelle ist Besonnenheit anstelle von Schnellschüssen gefragt.

Die Fraktion hat mit Ihrer Zustimmung zum Antrag 13/SVV/0202, der beinhaltet, dass in einem Workshop die architektonische Figur des Langen Stalls sowie die städtebaulichen Prämissen für das Grundstück östlich davon geklärt werden, bereits signalisiert, dass die von der Verwaltung favorisierte Wohnbebauung nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann. Der mit dem Antrag gewonnene Zeitaufschub bis zu einer endgültigen Klärung über die weitere Gestaltung des angesprochenen Raumes nutzt die Fraktion um auch andere Meinungen zu hören und diese in ihre Entscheidungsfindung mit einzubeziehen. Dafür danke ich meinen Gesprächspartnern Barbara Kuster und Prof. Bernd Albers.

Horst Heinzel



Impressum

Herausgeber:

CDU/ANW-Fraktion in der SVV Potsdam
Stadthaus, Raum 3.093
Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14461 Potsdam
cdu-anw-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Gesamtherstellung:

GS Druck und Medien GmbH, Potsdam

V. i. S. d. P.

Ulrike Heuer-Serger, Geschäftsführerin
Die Verfasser sind für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge verantwortlich

Anschrift:

Palais Barberini wird Museum.

Hasso Plattner und Albris Lelbach sind gemeinsam zu der Einschätzung gekommen, dass ein Engagement der Hasso Plattner Förderstiftung die einmalige Chance eröffnet, in zentraler Lage ein Kustmuseum zu errichten.

Das Palais Barberini soll mit seiner historischen Fassade und historischen Proportionen wieder aufgebaut werden. Der Baubeginn ist voraussichtlich April 2014, die Fertigstellung wird für Ende 2016 geplant. Eröffnet wird das Museum mit einer großen Gast-Ausstellung des französischen Impressionismus und Expressionismus.

Fortsetzung von Seite 1

außerhalb wird seine Leistung preislich ohne diese Tourismusabgabe günstiger anbieten können, was wiederum den Wettbewerb verzerrt.

Mit der derzeitigen Regelung ermöglichen alle Potsdamer den Touristen freien Eintritt in die Parkanlagen der Schlösserstiftung. Die Potsdamer zahlen für eine Leistung, welche von Touristen in Anspruch genommen wird. Der Grundsatz sollte aber lauten, wer eine Leistung in Anspruch nimmt, muss dafür auch bezahlen.

Wir sind der Auffassung, dass der gestiegene Pflegebedarf der Parkanlagen eine primäre Aufgabe der Schlösserstiftung ist. Die Stadt Potsdam kann, muss aber nichts dazu beitragen. Die Schlösserstiftung ist aufgefordert, diese Einnahmen von den Parkbesuchern zu erheben. Es gibt dabei viele Möglichkeiten, den Potsdamer Bürger diesen „Parkeintritt“ zu fairen Konditionen anzubieten. Darauf sollte der Fokus in Zukunft gerichtet sein.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung!

Schöne neue Welt Einsatz digitaler Medien im Bildungswesen

„Nichts ist so beständig wie der Wandel.“ Was Heraklit von Ephesus vor vielen hundert Jahren in schlichte Worte fasste, hat von seiner Wahrhaftigkeit nichts eingebüßt. In den letzten Jahrzehnten hat sich dieser Wandel vor allem in der Kommunikationstechnologie in schwindelerregender Schnelligkeit vollzogen.

Schon längst ist nicht nur der gute alte PC, sondern auch Laptops, Ipads, Smartphones etc. in jedes private Heim eingezogen. Mittlerweile sind auch Kinder bestens oft mit allem ausgestattet, was der Markt an Medientechnik zu bieten hat. Unsere Welt ist heute und in Zukunft geprägt vom Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnik. Daher wird die Vermittlung von Medienkompetenz in unserer Schullandschaft

immer wichtiger. Das führt dazu, dass die klassischen Lehr- und Lernformen durch umfassendes IT-gestütztes Lernen ergänzt werden müssen, um einen modernen Unterricht gewährleisten zu können. Die Qualität unseres Schul-, Bildungs- und Weiterbildungssystems entscheidet über den individuellen Erfolg der Schüler und Studenten.

Daher wird die CDU/ANW-Fraktion in der nächsten SVV einen Antrag einbringen in dem der Oberbürgermeister beauftragt wird, den Bedarf und den Einsatz digitaler Medien in den Potsdamer Schulen in einem Masterplan festzuschreiben und den dafür notwendigen Zeitraum und die Kosten zu ermitteln. Erste Ergebnisse sollen in der Sitzung im Dezember der SVV vorgelegt werden. *Horst Heinzel*

Presseinformation Golm braucht geänderte Trassenführung

„Es müssen auch für Golm Lösungen gefunden werden. Die Stadt steht hier genauso in der Pflicht wie der Betreiber“, sagte Katherina Reiche, die Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Potsdam, zur Ankündigung des Potsdamer Oberbürgermeisters Jann Jakobs (SPD), dass zwischen der Stadt und dem Netzbetreiber EON Edis eine Lösung zur Verlegung der 110-KV-Leitung außerhalb des Marquardt Ortskerns in Aussicht gestellt wurde. Für den Ortsteil Golm ist sie bisher nicht in Sicht.

„Die Golmer Bürgerinnen und Bürger erwarten vom OB, dass er sich für ihre berechtigten Belange mit aller Kraft einsetzt.“ sagte der Vorsitzende der CDU/ANW-Fraktion Horst Heinzel. „Die Trasse muss in Golm umgeleitet werden. Sie führt direkt über dichte Wohnbebauung durch den Ortsteil.“

Die von Golm favorisierte Erdverkabelung komme aus Kostengründen nicht in Frage.

Es bestünde aber die Möglichkeit einer Neuverlegung dieser Freileitungen durch ein Landschaftsschutzgebiet. „Das wurde aber bisher immer kategorisch abgelehnt“, sagte Heinzel.

Auf der letzten Sitzung des Hauptausschusses hatte Heinzel an den OB die Frage gestellt, ob als Alternative zur derzeitigen Trassenführung eine Verlegung nahe an das Landschaftsschutzgebiet auf seine Machbarkeit geprüft worden sei, um die Gesundheit der Golmerinnen und Golmer zu schützen. Der OB blieb bis heute eine Antwort schuldig. Reiche und Heinzel fordern den OB daher auf, „diese Variante umgehend sachlich zu prüfen.“

Horst Heinzel

Mehr Sicherheit für Potsdamer Bürger Einbruchsicherung von Haus und Wohnung

Angesichts der bundesweit gestiegenen Zahl an Einbruchdelikten, will die Fraktion CDU/ANW das Thema Sicherheit wieder stärker in den Fokus rücken. Daher stellt sie in der nächsten SVV einen Antrag, nach dem der Oberbürgermeister beauftragt wird zu prüfen, ob und wie individuelle präventive Maßnahmen zur Einbruchsicherheit als ein definierter Mindeststandard im Wohnungsbau bei der Antragstellung von Bauanträgen verbindlich umgesetzt

werden können. Ein definierter Mindeststandard im Einbruchschutz könnte wesentlich dazu beitragen, dass die Bürgerinnen und Bürger in ihren eigenen vier Wänden sicherer sind. Es werden heute bereits viele Standards für den Wohnungsbau, zum Beispiel Wärmedämmung und Schallschutz festgeschrieben. Es sollte also möglich sein auch dem Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger angemessen Rechnung zu tragen. *Horst Heinzel*